

## **Wahlprüfsteine des Wasserkraftverbandes Mitteldeutschland e.V. zur Landtagswahl Sachsen-Anhalt 2021**

Der Wasserkraftverband Mitteldeutschland e.V. hat allen derzeit im Landtag von Sachsen-Anhalt vertretenen Parteien und solchen die nach aktuellen Umfragedaten mit hoher Wahrscheinlichkeit in den nächsten Landtag einziehen werden, im Vorfeld der Landtagswahlen einen Fragenkatalog vorgelegt.

Die Parteien wurden zu Ihren Plänen zu Erneuerbaren Energien, sowie speziell zur Wasserkraft mit den Schwerpunkten Forschung, Klimaschutz und Energiewende befragt. Auch die Einstellung der Parteien zu Erkenntnissen der Wissenschaft und zur Förderung der Erneuerbaren Energien ist uns wichtig.

### **1. Wissenschaftlicher Einfluss auf politische Entscheidungen**

**Wie wollen Sie sicherstellen, dass wissenschaftliche Fakten in ausreichendem Maße bei politischen Entscheidungsfindungen Berücksichtigung finden?**

**CDU** Die CDU unterscheidet sich von anderen Parteien, besonders jenen aus dem linksgrünen Spektrum, dadurch, dass wir Naturgesetze akzeptieren und uns am technisch Machbaren orientieren. Nicht zuletzt sind Frau Dr. Merkel und auch unser Ministerpräsident Naturwissenschaftler.

**SPD** Die aktuellen parlamentarischen Verfahren sichern in ihren einzelnen Schritten eine breite Öffnung der politischen Diskussion für wissenschaftliche Erkenntnisse, wie auch für Erkenntnisse und Hinweise der Interessenvertreter, Verbände und Organisationen.

**Grüne** Wir hören auf die Wissenschaft und tragen wissenschaftliche Argumente und offenkundige Fakten in die politischen Debatten. Dort stoßen sie leider allzu oft auf Widerstand bei denen, die die Wissenschaft ignorieren, um ihre eigene Agenda voranzubringen. Wir werden dennoch nicht lockerlassen und sind uns unserer Verantwortung angesichts der großen Herausforderungen wie der Klimakatastrophe bewusst. Wir werden in sämtlichen Politikfeldern auch in der nächsten Legislaturperiode den Austausch mit der Wissenschaft praktizieren und auch in den Fachausschüssen zu relevanten Themen Expert\*innen aus der Wissenschaft einladen.

**Linke** Für DIE LINKE ist wissenschaftsbasierte Entscheidungsfindung eine der wichtigsten Voraussetzungen für zukunftsorientierte Politik. Dies sollte selbstverständlich sein und widerspiegelt sich auch darin, dass es bei Anhörungen und Fachgesprächen in den Ausschüssen des Landtages stets unser Anliegen ist, neben Praktikern insbesondere Vertreter\*innen wissenschaftlicher Einrichtungen anzuhören. Auch für die eigene Tätigkeit nutzen wir immer wieder Gespräche mit Wissenschaftler\*innen und

Kooperationen mit Forschungseinrichtungen, um u.a. wissenschaftliche Gutachten in Auftrag zu geben.

**FDP** Wir Freien Demokraten fordern, dass Fachbeiräte bestmöglich für Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Dazu sollen diese in den betreffenden Ministerien mit Fachleuten aller Interessens- und Nutzergruppen besetzt werden. Das garantiert Festlegungen, die fachbasiert getroffen und dann auch umgesetzt werden, weil sie Akzeptanz finden. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass in Krisensituationen (z.B. Wetterextreme, Tierseuchen) schnell eine fachkompetente Task-Force eingerichtet wird, in der jeweils anlassbezogen Betroffene vertreten sind.

**AfD** Indem ausschließlich seriöse und unabhängige Fachleute und wissenschaftliche Erkenntnisse vollständig als Entscheidungsgrundlage herangezogen werden.

## **2. Deutschland genießt weltweit einen Ruf als vorzüglicher Standort für Wissenschaft und Technik, insbesondere auch im Bereich der Erneuerbaren Energien:**

### **a) Was sieht Ihr Partei-Programm vor, um dieses hohe Niveau zu halten oder zu stärken?**

**CDU** Es ist völlig klar, dass wir unser Wohlstandsniveau nur halten können, wenn Deutschland weiterhin innovativ bleibt. Die aktuellen Entwicklungen müssen Anlass zur Sorge geben. Teile von Politik und Gesellschaft entfernen sich zunehmend von diesem Grundsatz. Politische Ideologie und Technikfeindlichkeit sorgen in Deutschland immer öfter zum Rückzug ganzer Branchen. Dies geschieht oft schleichend und unbemerkt.

Wir brauchen in den nächsten Jahren eine neue Gründerstimmung in Deutschland. Wir wollen die Genehmigungsverfahren für Unternehmenserweiterungen und Neuansiedlungen weiter beschleunigen, indem wir Gesetze straffen und den Ausbau der Planungs- und Genehmigungskapazitäten beim Land und in den Kommunen ausbauen. Wir werden Existenzgründungen, Start-Ups und Unternehmensübernahmen fördern, indem wir vor allem auf neue Cluster im Umfeld der Hochschulen und der Industrie Sachsen-Anhalts setzen.

Wir wollen das Kammersystem des Handwerks, der Freien Berufe sowie von Industrie und Handel weiter stärken. Wir werden dazu auch prüfen, inwiefern hoheitliche Aufgaben verstärkt in die Selbstverwaltung der Wirtschaft übertragen werden können. Sachsen-Anhalt verfügt über eine hochspezialisierte Industrie mit entsprechenden Wertschöpfungsketten.

Wir wollen im Gegensatz zu anderen Parteien für ein wirtschaftsfreundliches Umfeld sorgen, dass die Entwicklung unserer Industrie weiter fördert. Dazu werden wir die Verfügbarkeit von Gewerbe- und Industrieflächen in Sachsen-Anhalt erhöhen und an die nötigen Gegebenheiten anpassen. Eines der Hauptziele unserer Ansiedlungspolitik wird darin bestehen, mehr Zukunftsbranchen, internationale Unternehmen und „Hidden Champions“ nach Sachsen-Anhalt zu holen. Wir wollen die Investitionsbank als zentrales Förderinstitut des Landes stärken und die Investitions- und Marketinggesellschaft über eine Aufgabenentlastung stärker auf die Investorenbetreuung spezialisieren.

Eine hohe Investitionsquote ist der Markenkern von wirtschaftsnaher CDU-Politik. Trotz Corona Krise werden wir weiterhin einen hohen Anteil an öffentlichen Investitionen im Landeshaushalt sicherstellen. Wir werden dafür sorgen, dass neue Technologien hierzulande zügig eingeführt werden. Wir wollen Sachsen-Anhalt zur Modellregion (Wasserstoff, 5G-Technik, autonomes Fahren usw.) ausbauen.

Europäische Forschungsprogramme sind für die Landesförderung ein zentrales Element der Finanzierung. Sachsen-Anhalt hat es bisher weitgehend geschafft, alle EU-Förderprogramme gegenzufinanzieren. Daran wollen wir festhalten.

Die GA-Förderung, als zentrales Förderinstrument der Wirtschaft, ist seit Jahren stabil ausfinanziert. Europa braucht einen Plan B. Abgewanderte Industrien wie die Bio- und Gentechnik, die Pharma-, Chemie und Halbleiterindustrie müssen wieder zurück nach Europa geholt werden. Die Corona Pandemie hat gezeigt, dass Europa eine autarke Produktion aufbauen muss.

**SPD** Wir konnten in den letzten Jahren die klein- und mittelständische Struktur unserer Wirtschaft durch gezielte Verzahnung mit den Wissenschaftseinrichtungen im Lande stärken. Wo eigene Forschungs- und Entwicklungskapazitäten nicht vorhanden sind, helfen Kooperationen mit den Hochschulen des Landes, um Produkte oder Dienstleistungen zu entwickeln. Mit der durchgreifenden Novelle des Hochschulgesetzes 2020 haben wir die Voraussetzungen für eine verstärkte Gründungskultur an unseren Hochschulen geschaffen. Um diese auszubauen, kreative Ausgründungen zu ermöglichen und eine echte Start-up-Kultur zu etablieren, bedarf es neben des geöffneten Rechtsrahmens nun flankierender Maßnahmen durch Bund und Land, die sich gleichermaßen positiv auf den Wirtschafts- wie den Wissenschaftsstandort auswirken.

**Grüne** Die Unternehmen müssen einen größeren Absatzmarkt für ihre qualitativ hochwertigen Produkte erhalten. Dies ist äußerst kompatibel mit der Notwendigkeit des Klimaschutzes, bis spätestens 2035 klimaneutral zu werden. Deshalb wollen wir den Ausbau der Erneuerbaren Energien vervielfachen. Sowohl per Ausbaur Korridoren,

Abschaffung fossiler Subventionen, als auch durch wirksame CO<sub>2</sub>-Bepreisung.

**Linke** DIE LINKE fordert in ihrem Wahlprogramm den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Damit soll insbesondere ein wesentlicher Beitrag geleistet werden, um die Klimaziele zu erreichen. Es geht aber auch darum, gerade Sachsen-Anhalt als wichtigen Standort für die Produktion von Anlagen der Erneuerbaren Energien sowie deren Erzeugung zu erhalten und vor allem nach den Rückschlägen der letzten Zeit weiter auszubauen. Wir sehen hier in erster Linie die Förderung des Mittelstandes, regionaler Wirtschaftskreisläufe, von Forschung und Entwicklung sowie den Ausbau der Digitalisierung als wichtige Stellschrauben für eine erfolgreiche Entwicklung. Wir wollen z.B. auch kleine und mittlere Unternehmen unterstützen, um dauerhafte Forschungskapazitäten aufzubauen. Dabei setzen wir auch verstärkt auf Kooperationsmodelle.

**FDP** Die Freien Demokraten lehnt eine Festlegung auf einen Energieträger durch politischen Beschluss ab und fordert stattdessen über die Festlegung etwa ökologischer Standards Rahmen zu setzen, in denen der Markt entscheidet, welche Energieträger sich langfristig durchsetzen und welche nur noch eine Brückentechnologie sind. Nach unserer Auffassung liegt der Schlüssel für eine sichere und preiswerte Energieversorgung in der Technologieoffenheit bei der Energiegewinnung und Energienutzung. Hierbei setzen wir Freie Demokraten auf Ergebnisoffenheit in Wissenschaft und Forschung und versteifen uns nicht auf einzelne, teilweise ideologisch geprägte Energieformen. Die FDP steht für Lust auf Fortschritt durch wissenschaftsbasiertes Handeln. Damit gute fachliche Praxis beste Ergebnisse erzielen kann, muss sie ständig nach wissenschaftlichen Erkenntnissen weiterentwickelt werden. Um die gewonnenen Erkenntnisse unverzüglich in der Praxis nutzen zu können, ist es wichtig, dass sie schnell Eingang in die berufliche Weiterbildung finden.

**AfD** Die AfD ist technologieoffen und steht immer für Wissenschaft und Forschung auch im Erneuerbare Energien-Sektor. Nutzen und Gewinne bleiben aber oftmals nicht im Land Sachsen-Anhalt. Fördergelder wurden aber hier ausgezahlt. Das Land Sachsen-Anhalt hat die Vorteile in den letzten 10 Jahren verspielt und uns, wie in vielen Branchen, die rote Laterne angehängt. Beispiele sind hier der Zusammenbruch des SolarValley in Anhalt-Bitterfeld, der Zusammenbruch der Windkraftindustrie in Magdeburg oder ein auf der Stelle stehender Studiengang an der Hochschule Anhalt.

Wir begrüßen stets eine wissenschaftliche Zusammenarbeit. Wir wollen aber auch, dass regionale, wie nationale oder europäische Förderungen in Forschung und Entwicklung oder bereits laufende Pilotprojekte im Land bleiben, um gerade im Rahmen des Strukturwandels, Industriearbeitsplätze zu erhalten/ zu schaffen.

Bürokratieabbau, Vereinfachung von Fördermittelanträgen, GRW-Richtlinie entschlacken.

**b) Welche Rolle spielen dabei die europäischen Forschungsförderprogramme? Sollte man sich da stärker engagieren oder die Ressourcen eher in Deutschland investieren?**

**CDU** Vgl. Antwort zu 2. a

**SPD** Wir befürworten das neue EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation: Horizont Europa. Durch das Programm werden Antworten auf drängende globale Herausforderungen gesucht, außerdem ist das Forschungsprogramm wichtig, um die industrielle Wettbewerbsfähigkeit Europas zu erhalten. Davon profitiert Deutschland und auch Sachsen-Anhalt.

**Grüne** Wir sind Europäer\*innen durch und durch. Unser Frieden und hoher Lebensstandard ist nur durch die Erfolgsgeschichte der EU möglich. Daher begrüßen wir europäische Forschungsförderprogramme außerordentlich, die oft an einen gewinnbringenden Austausch zwischen den Mitgliedstaaten geknüpft sind.

**Linke** Die Klimakrise ist ein globales Problem. Europa steht hier aufgrund des hohen Grades der Industrialisierung und damit des hohen Anteils an der Emission von Treibhausgasen insgesamt in besonderer Verantwortung. Deshalb sind sowohl in Deutschland als auch Europa alle Anstrengungen zu unternehmen, um der Klimakrise zu begegnen. Eine europaweite Forschungsförderung kann dabei die Chance erhöhen, einerseits diversifizierte Forschungsansätze zu fördern und andererseits auch für mehr Synergieeffekte zu sorgen. Europäische und nationale Förderprogramme stehen daher für uns nicht als Alternativen gegenüber, sondern sollen sich ergänzen und die Effekte verstärken und beschleunigen. Dafür muss die Finanzierung der Hochschulen im Land deutlich erhöht und verstetigt werden, um entsprechende Forschungskapazitäten aufzubauen und die Ergebnisse in Verbindung mit einer aktiven Ansiedlungspolitik im Umfeld der Hochschulen auch praktisch nutzbar zu machen.

**FDP** Die Erreichung energiepolitischer und klimapolitischer Ziele erfordert die Vollendung des transeuropäischen Netzausbaus und die Liberalisierung des Energiebinnenmarktes. Deshalb muss die deutsche Energiepolitik in eine gesamteuropäische Energiepolitik eingebunden werden. Dazu muss die Liberalisierung des Energiebinnenmarktes vorangetrieben werden. Regenerativer Strom soll künftig vor allem dort erzeugt werden, wo Standortverhältnisse den höchsten Wirkungsgrad und die geringsten Kosten bei vergleichbaren Umweltstandards ermöglichen. Wir brauchen eine

europäisch abgestimmte Energiewende, die von Erzeugung über Weiterleitung bis zur Speicherung von Energie gemeinsame und effiziente Lösungen sucht. Die unterschiedlichen Landschaften Europas, das jeweilige Know-how der Länder sowie der verstärkte Einsatz digitaler Lösungen müssen in Zukunft gemeinsam gedacht und genutzt werden.

**AfD** Vgl. Antwort zu 2. a

**c) Wie wollen Sie die deutsche Industrie anderen gegenüber wettbewerbsfähig machen und ein Klima für mehr Unternehmensgründungen schaffen?**

**CDU** Vgl. Antwort zu 2. a

**SPD** Speziell die sachsen-anhaltische Industrie ist in den Bereichen Chemie, Pharmazie und Ernährungswirtschaft bereits jetzt stark aufgestellt. Auch die Automobilzulieferer- und Maschinenbaubranche stellen wichtige Säulen unserer Wirtschaft dar. Corona- und Klimakrise sowie die fortschreitende Digitalisierung befeuern jedoch einen umfassenden Strukturwandel in allen Lebensbereichen, dem wir uns stellen müssen. Wir als SPD wollen nach der Wahl intensiv in den Ausbau von digitalen und CO<sub>2</sub>-neutralen Technologien investieren, neue Unternehmen aus diesen Bereichen hier ansiedeln und bestehende Unternehmen bei der Umstellung fördern. Hierzu benötigen wir auch eine Vertiefung der durch unseren Wirtschaftsminister in der letzten Legislatur vorangetriebenen Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft, zum einen in der Fachkräftesicherung, zum anderen in Forschung und Entwicklung. Wir wollen darüber hinaus in Sachsen-Anhalt mit einer verstärkten Förderung von Start-Ups und jungen Unternehmen eine Gründungskultur aus den Hochschulen heraus etablieren.

**Grüne** Die Zukunft gehört der Green Economy. In Zukunft werden nur noch grüne Ideen schwarze Zahlen schreiben. Unsere Wirtschaftspolitik muss daher konsequent darauf ausgerichtet werden. Dazu müssen sämtlich Prozesse für Planungs- und Genehmigungsverfahren vollständig digitalisiert werden. Das Einreichen von dutzenden Ordnern muss der Vergangenheit angehören. Das muss auch online oder per USB-Stick möglich sein. Dafür braucht es digitale Kartierungspools, Sharepoints und es darf mit Sicherheit nicht an der fehlenden Anerkennung einer digitalen Unterschrift scheitern.

**Linke** Die Industrie in Sachsen-Anhalt ist vorwiegend von kleinen und mittleren Unternehmen geprägt. Deshalb gilt dem Mittelstand unsere besondere Unterstützung zum Beispiel durch Bürokratieabbau und vor allem auch bei der Unternehmensnachfolge.

Zunehmend geraten sie unter Druck, weil Fachkräfte fehlen. Auch hier wollen wir gezielte Maßnahmen zur Fachkräftesicherung umsetzen. Nur so lassen sich Innovationen und Zukunftsfähigkeit auch umsetzen.

Zur Belebung der einheimischen Wirtschaft sind Start-ups und andere Neugründungen mit kreativen, innovativen und nachhaltigen Ideen unerlässlich. Sie brauchen Unterstützung bei der Akquirierung von Risikokapital aber auch bei der Vernetzung. Hier setzen wir an und fördern Unternehmensnetzwerke aus verschiedenen Branchen sowie Wissenschaft und Forschung, innovative Arbeitsformen und Formate zur Bekanntmachung fördern. Das setzt auch voraus, dass wir das ungenutzte Potential in Sachsen-Anhalt analysieren und in eine Existenzgründungsstrategie einfließen lassen. Wir wollen ausdrücklich Frauen zur Selbstständigkeit ermutigen.

**FDP** Die Ausgründungen aus den Hochschulen sind für unser Land eine wichtige Chance für innovative Produkte und Verfahren, die qualifizierte und gut bezahlte Arbeitsplätze schaffen können. Wir halten deshalb eine Struktur in den Hochschulen für erforderlich, die Menschen bei der Gründung begleitet aber auch den Hochschulen die Vermarktung von entwickelten Produkten über Lizenzen ermöglicht. Um Studierenden die Möglichkeit zu geben, ein Unternehmen zu gründen, wollen wir die Einführung eines Gründersemesters und eine effizientere Gestaltung des Beratungs- und Förderangebotes. Weitere Maßnahmen sind die Einführung eines Gründer-BAföGs oder die Möglichkeit für Hochschulen, Unternehmensgründung als Praxis- oder Forschungssemester anzuerkennen (einschließlich der Gewährung von ECTS-Anrechnung).

Wir Freien Demokraten unterstützen die Gründung neuer Unternehmen in Sachsen-Anhalt. Gründer und ihre Unternehmen sind Arbeitgeber und Steuerzahler von morgen. Unser Ziel ist es, dass man in Sachsen-Anhalt innerhalb von 48 Stunden seine eigene Firma gründen kann. Um dies zu ermöglichen, setzen wir uns für eine einzige Anlaufstelle in Form einer One-Stop-Agency ein. Zudem sollen StartUps in den ersten zwei Jahren von allen unnötigen Befragungen, Dokumentationspflichten und Zwangsmitgliedschaften ausgenommen werden. Die fleißigen, mutigen und intelligenten Köpfe in unserer Heimat brauchen diese zwei Jahre, um ihre Geschäftsidee zum Laufen zu bringen, bevor die Pflichten der deutschen Bürokratie greifen. Ein neues Unternehmen soll sich zuerst ausschließlich auf seine Gründung und seinen Markteintritt konzentrieren können. Auch ein steuerfreies erstes Jahr für Unternehmensgründer ist für uns denkbar. Wir wollen günstige Büro- und Verwaltungsräume und eine gute technisch-administrative Infrastruktur in StartUp- und KMU-Zentren in allen Regionen des Landes, um Gründer auch in strukturschwachen Regionen zu unterstützen.

**AfD** Vgl. Antwort zu 2. a

**3. Eine nachhaltige Entwicklung ist unumgänglich, um die schwindenden natürlichen Ressourcen, unsere Lebensgrundlagen, besser zu schützen:**

**a) Welchen Raum nehmen Fragen der nachhaltigen Entwicklung in Ihrer Politik ein?**

- CDU** Die CDU hat in allen Programmen die Bewahrung der Schöpfung als Kernaufgabe benannt. Die Ressourcen der Welt sind endlich und wir sind alle angehalten, sparsam mit der Umwelt umzugehen. Im Übrigen stellte die CDU mit Klaus Töpfer den ersten Umweltminister Deutschlands. Natürlich steht der Klimaschutz im Vordergrund. Allein der weltweite jährliche Anstieg an CO<sub>2</sub> Emissionen ist mehr als doppelt so groß, wie jener Deutschlands über das gesamte Jahr gerechnet.
- SPD** Die SPD Sachsen-Anhalt will eine lebenswerte Umwelt, ein intaktes Klima und einen nachhaltigen Umgang mit unseren Ressourcen. Wir begreifen eine wirksame Klimaschutzpolitik als eine Querschnittsaufgabe aller Politikfelder. Der Klimawandel und der Raubbau an den natürlichen Ressourcen verstehen wir als eines der drängendsten Probleme unserer Zeit. Daher nehmen Fragen einer nachhaltigen Entwicklung einen sehr hohen Stellenwert in unserer Politik ein. Dabei achten wir aber darauf, dass unsere Politik sozial gerecht bleibt und die Lasten, die für mehr Klimaschutz zu tragen sind, gerecht verteilt von allen Menschen getragen werden.
- Grüne** Umwelt- und Klimaschutz sowie Nachhaltigkeit ist unser Markenkern. Schon 1983 haben wir plakatiert: „Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt.“ Wir wollen das erhalten, was uns erhält. Dafür setzen wir uns mit aller Kraft und unseren Konzepten ein.
- Linke** Für uns spielt die nachhaltige Entwicklung eine entscheidende Rolle – in allen Bereichen. Ressourcenverbrauch, Treibhausgasemission, Raubbau an Natur und Umwelt, Flächenfraß dürfen so nicht fortgesetzt werden. Es ist verfassungswidrig, die Lebensgrundlagen nachfolgender Generationen dauerhaft zu gefährden und deren Freiheiten damit einzuschränken, was das Bundesverfassungsgericht in seinem jüngsten Urteil zum Klimaschutzgesetz bestätigt hat. Daher wollen wir, dass bei allen Projekten und Vorhaben nicht der kurzfristige Profit, sondern die Auswirkungen auf Menschen, Natur und Klima berechnet werden, bevor es an die Umsetzung geht. Entsprechende Vorgaben und Auflagen sind konsequent einzuhalten und bei Verstößen gegen das Umweltrecht befürworten wir auch härtere Strafen. Gleichzeitig sind wir der Meinung, dass man mit Bildung für nachhaltige Entwicklung nicht früh genug anfangen kann und diese deshalb auch noch stärker in Bildung und Ausbildung zu verankern ist.



**FDP** Wir Freien Demokraten setzen lieber auf Anreize statt auf Verbote. Umwelt- und Klimaschutz sind wichtige Aufgaben der Politik, um die Lebenschancen zukünftiger Generationen zu sichern. Denn ohne saubere Luft, reines Wasser und fruchtbare Böden und ohne stabiles Klima ist ein glückliches Leben undenkbar. Die FDP setzt auf innovative Ansätze und neue Technologien, um durch erhöhte Effizienz Ressourcen zu sparen, Emissionen zu reduzieren und die Lebensqualität zu verbessern. Die bestehenden Herausforderungen erfordern ein globales Handeln. Mit dieser Aussage wollen wir nicht die Verantwortung abschieben, sondern durch Innovationen aus Sachsen-Anhalt Impulse setzen, an den effektivsten Stellen Veränderungen anzuschließen. Zudem vertrauen wir auf das Verantwortungsbewusstsein der Bürger und die Vorbildwirkung guter fachlicher Praxis, statt den Menschen Vorschriften über nachhaltiges Verhalten zu machen.

**AfD** Als zukunftsorientierte Partei haben wir natürlich neben den aktuellen Generationen auch die Zukünftigen im Blick und werden hier unserer Verantwortung sowohl für die Gesellschaft als auch für die Natur nachkommen (vgl. Artikel 20 a GG).

**b) Sehen Sie die Notwendigkeit, noch mehr für den Schutz von Klima und Umwelt zu unternehmen?**

**CDU** Klimaschutz ist eine globale Aufgabe. Daher müssen wir aufpassen, dass wir hierzulande einen Klima- und Umweltschutz betreiben, der nicht Zulasten der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft geht. Vielmehr ist das deutsche Knowhow eine Chance, im Rest der Welt eine ähnliche klimapolitische Entwicklung der Volkswirtschaften anzustoßen.

Bei der Energiewende gilt es zunächst die rasante Preisentwicklung zu stoppen. Künftig sind die regenerativen Energien wie Windkraft und Solar stärker in die Systemverantwortung zu überführen.

**SPD** Ja. Als SPD Sachsen-Anhalt bekennen wir uns zum 1,5 Grad Ziel und zum Pariser Abkommen. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts hat nochmal deutlich gemacht, dass wir hier noch besser werden müssen.

**Grüne** Ja. Die Auswirkungen der Klimakatastrophe werden immer bedrohlicher – drei Dürrejahre haben bei uns zu dramatischen Ernteeinbußen und zum Waldsterben geführt. Der Klimawandel ist zu einer existenziellen Frage geworden. Klimawandel, Artensterben, Vermüllung der Weltmeere. Die zentralen Herausforderungen des 21.

Jahrhunderts (und darüber hinaus) sind noch lange nicht gelöst. Unsere Lebensgrundlagen hängen davon ab. Wir brauchen intakte Ökosysteme – gerade, um die Bedingungen der Klimakrise besser zu überstehen. Unsere Ziele sind das 1,5°C-Ziel, die Umkehr des Verlustes der Biodiversität und saubere Weltmeere.

**Linke** Diese Frage ist mit einem eindeutigen Ja zu beantworten. In Anbetracht der immer weiter voranschreitenden rücksichtslosen Ausbeutung der Natur (Wasser, Boden, Luft) gibt es dazu keine Alternative. Gleichzeitig sind wir uns bewusst, dass u.a. auch beim Ausbau der Erneuerbaren Energien durchaus Konflikte entstehen. Hier plädieren wir deshalb für umfassende Abwägungsprozesse unter Beteiligung aller Interessengruppen, um die Auswirkungen auf die Umwelt zu minimieren.

**FDP** Wir Freie Demokraten wollen Ökologie und Ökonomie zusammen denken. Wir sind überzeugt, dass Klima-, Arten- und Naturschutz in Einklang gebracht werden können, wenn die Kosten in den Preis eines Produktes einfließen. Wir sind ebenso überzeugt, dass dies nur in Zusammenarbeit mit den Betroffenen und ihren Verbänden möglich ist und in Respekt vor ihrer Arbeit. Am Ende eines Produktlebens messen wir einer gut aufgestellten Abfallwirtschaft ökologisch wie ökonomisch große Bedeutung bei. Abfall muss so weit wie möglich minimiert und Wertstoffe recycelt werden.

**AfD** Das Klima ändert sich seit Jahrtausenden. Allerdings ist Klimaschutz nicht mit Umweltschutz gleichzusetzen. Im Namen des Klimaschutzes gibt es zahlreiche Vorhaben und Pläne, die dem Umweltschutz entgegenstehen. Wir erleben einen fortdauernden Verlust von Lebensräumen und Arten. Die Erneuerbaren Energien spielen dabei eine maßgebliche Rolle.

**c) Wie sollte Ihrer Ansicht nach die Energiewende gemeistert werden?**

**CDU** Wir brauchen den weiteren Ausbau der Stromtrassen und ein Abschalten der Kohlekraftwerke kann nur erfolgen, wenn die Grundlastfähigkeit der deutschen Energieversorgung sichergestellt ist. Wir setzen auf neue Technologien wie die Brennstoffzelle oder die Kernfusion. Hier gilt es, die Forschung in den kommenden Jahrzehnten weiter voranzutreiben. Die Energiewende wird dann gelingen, wenn man sich an machbaren Parametern orientiert. Wir lehnen daher eine ideologische Energiepolitik, die Grundlagen der Physik missachtet, ab.

**SPD** Die Energiewende wird nur gemeistert, wenn wir auch zukünftig Versorgungssicherheit herstellen. Um diese zu gewährleisten muss der zukünftige Strombedarf realistisch

prognostiziert werden. Die Mehrzahl der Prognosen geht von einem steigenden Bedarf aus. Dieser entsteht unter anderem durch den Umstieg auf Elektromobilität und auf stromgeführte Wärmepumpen. Das muss sich in den Ausbaupfaden für erneuerbare Energien niederschlagen. Wer die Energiewende meistern möchte, muss Ressourcen schonen und Energieeffizienz fördern. Die Energiewende findet vor allem auch in der Kommune statt. Regionale und dezentrale Energieversorgung stehen für uns im Mittelpunkt, dabei spielen auch die Stadtwerke in unserem Land eine zentrale Rolle. Wir wollen auch, dass Kommunen endlich zugunsten einer regionalen und umweltfreundlichen Energieversorgung wirtschaftlich tätig sein dürfen. Dazu werden wir die Kommunalverfassung anpassen. Klimaschutz ist für viele Kommunen zwangsläufig leider immer noch ein Randthema, da es eine freiwillige Aufgabe ist. Wir werden ein Klimaschutzgesetz auf den Weg bringen, in dem insbesondere zu regeln ist, welche vordringlichen Aufgaben die Kommunen zum Schutz des Klimas erfüllen sollen. So werden wir wichtige Investitionen und Weichenstellungen in Energieeffizienz, Ressourcenschonung und erneuerbare Energien vor Ort voranbringen, aktiven Klimaschutz in den Kommunen betreiben und Betriebskosten in den kommunalen Gebietskörperschaften einsparen.

**Grüne** s. 2a) + 2c) + Wir streben eine wesentlich dezentralere Erzeugungsstruktur an. Wir haben ein 100%-Erneuerbare-Energien-Szenario für Sachsen-Anhalt seriös durchgerechnet und mit hoher Fachlichkeit erarbeitet.

Es ist möglich, dass sich Sachsen-Anhalt bilanziell von der eigenen Fläche über Sonne, Wind, Biomasse und einen kleinen Teil Wasserkraft selbst versorgt und anteilig Ballungsräume mitversorgt, sodass Einnahmen generiert werden. Da die Fläche zur Umwandlung in Energie begrenzt ist, kann das nur funktionieren, wenn der heutige Endenergieverbrauch rund um die Hälfte reduziert wird – durch bessere Technik, Einsparung und Verlagerung. Neben den Erneuerbare-Energien-Anlagen mit Bürger\*innenbeteiligung zur Erhöhung der Akzeptanz sind Speicher, Netzausbau (auch Wärmenetze) und die Systemdienstleistungen in den Fokus zu rücken. Auch eine regenerative Wasserstoffwirtschaft wird eine bedeutende Rolle spielen.

**Linke** Wir verweisen hier u.a. auf die Antworten unter 2a), 3a) und 3b). Ein Gelingen der Energiewende hängt in entscheidendem Maße von der Akzeptanz der notwendigen Maßnahmen in der Bevölkerung ab. Hier sehen wir erheblichen Nachholbedarf. Wir wollen u.a., dass die Menschen in der Nähe von Anlagen zur Erzeugung Erneuerbarer Energien auch direkt davon profitieren, z.B. durch günstigen Strom und Wärme. Außerdem sollen mehr Möglichkeiten zur Beteiligung von Menschen und Kommunen an solchen Anlagen geschaffen werden. Wir halten es für dringend geboten, dass an die Standortkommunen von Anlagen zur Erzeugung Erneuerbarer Energie eine verbindliche Abgabe gezahlt wird. Außerdem soll die Gründung von Bürger- und Energiegenossenschaften unterstützt werden.

Nicht zuletzt spielt aber auch die Vorbildwirkung der öffentlichen Hand eine wichtige Rolle beim Gelingen der Energiewende. Hier hat sich das Land Sachsen-Anhalt bisher kaum auf den Weg gemacht, um z.B. auf breiter Front Auf-Dach-Solaranlagen auf landeseigenen Liegenschaften zu installieren. Neben dem Ausbau der Erneuerbaren Energien sind aber dringend weitere Maßnahmen erforderlich, um die Energiewende zu bewältigen. Dazu gehören die Sektorenkopplung, die Entwicklung von Speichern, aber auch die Energieeinsparung und Energieeffizienz. Wenn wir erfolgreich sein wollen, dann brauchen wir eine Energie-, Wärme-, Verkehrs- und auch Ernährungswende.

**FDP** Wir Freie Demokraten wollen, dass die Klima- und Energiepolitik nicht zur Verbotspolitik wird. Heute werden den Menschen die Ziele der Klimapolitik mit immer neuen Vorschriften, Subventionen und Zwangsabgaben aufgezwungen. Wir wollen marktwirtschaftliche Anreize und keine Verzichts- und Verbotsideologie mit staatlicher Gängelung. Fixierung auf den Ausbau einzelner Energiesektoren, wie z. B. die Windenergienutzung verteuert das Leben der Menschen und bringt nicht den besten Nutzen für unser Klima. Mit planwirtschaftlicher Bevormundung nehmen wir uns die notwendige Offenheit für die beste Lösung bei der CO<sub>2</sub>-Einsparung. Wir wollen anthropogenes CO<sub>2</sub> in Übereinstimmung mit dem Pariser Klimaschutzabkommen u.a. durch zusätzliche Wälder im In- und Ausland ökologisch wirkungsvoll und kostengünstig reduzieren. Damit das gelingt, sind zusätzliche Aufforstungen und Baumpflanzungen als Option einer Treibhausgaskompensation in das CO<sub>2</sub>-Emissionshandelssystem und das nationale CO<sub>2</sub>-Abgabensystem aufzunehmen. Die zu zahlenden Abgaben fließen dann in konkrete Aufforstungen im In- und Ausland. Für uns Freie Demokraten spielt der Emissionshandel dabei die Rolle als Leitinstrument. Das Ziel der Energiewende muss die Reduzierung von CO<sub>2</sub>-Emissionen sein. Die Umsetzung der Ergebnisse ist laufend zu überprüfen und die Maßnahmen anzupassen. Wir fordern deshalb, dass alle Emittenten und alle Wirtschaftssektoren spätestens mit Beginn der neuen Handelsperiode im Jahr 2021 in den EU-weiten Emissionshandel einbezogen werden. Der EU-Emissionshandel ist so schnell wie möglich mit Handelssystemen anderer Länder zu verknüpfen und in ein globales Emissionshandelskonzept zu integrieren.

**AfD** Wir sehen einen Energiemix als sinnvoll an, denn Flächen und Potenziale für erneuerbare Energien sind begrenzt. Erneuerbare Energien dürfen die Probleme bei der Energiegewinnung nicht verlagern, das passiert aber gerade.

#### 4. Wasserkraft als verlässliche Energieressource:

##### a) Welchen Stellenwert hat die Nutzung der Wasserkraft in Ihrer Partei bei der wirtschafts- und energiepolitischen Ausrichtung?

**CDU** Die Wasserkraft ist eine wichtige Größe in der Energieerzeugung. Leider wird sie in Deutschland noch zu wenig genutzt. Schon unsere Vorfahren nutzten die Wasserkraft, um Mühlen oder Schmiedehämmer anzutreiben. Diese klimaneutrale Form der Stromgewinnung wird hierzulande immer wieder abgelehnt, obwohl sie zu den saubersten Energieerzeugern gehört. Die Betreiber haben in den zurückliegenden Jahren viel in wasserbauliche und naturnahe Maßnahmen, wie Fischtrepfen, strömungsoptimierte Turbinen oder Fischrechen investiert.

Die zahlreichen Konflikte mit Anglern und Umweltschützern haben vielfach durch Nachrüstungen und Umbauten kaum noch Bestand. Wir könnten uns viel mehr Kleinwasserkraftanlagen vorstellen.

Dies gilt auch für die Reaktivierung denkmalgeschützter Wasserkraftwerke. Diese Form der Energieerzeugung zu befördern, bedarf zunächst einiger Weichenstellungen auf Bundesebene. Weiterhin sind verlässliche Abnahmepreise für Energie aus Wasserkraft langfristig sicherzustellen.

**SPD** Ein wichtiges Element der Energiewende ist es Strom und Wärme dezentral zu erzeugen. Hierbei kann die Wasserkraft einen Beitrag zur Grundlast leisten.

**Grüne** Der Fokus des Ausbaus der Erneuerbaren Energien liegt für uns zweifelsohne bei Wind und Solar, denn diese werden in Zukunft den weitaus größten Anteil einer klimaneutralen Energieerzeugung ausmachen. Die Wasserkraft bleibt aber ein existenzieller Bestandteil der Energiewende und wir haben auch ihr in unserem 100%-Erneuerbare-Energien-Szenario für Sachsen-Anhalt einen Anteil zugeschrieben.

**Linke** Die Wasserkraft ist ein wichtiger Bestandteil im Mix der Erneuerbaren Energien. Sie sorgt für regionale Wertschöpfung und entspricht dem Prinzip der dezentralen Energieerzeugung, die wir anstreben. Konkrete Ausbauziele haben wir in unserem Wahlprogramm jedoch nicht vorgesehen. Gleichzeitig stehen Wasserkraftwerksbetreiber und das Land in der Pflicht, die Vorgaben der Wasserrahmenrichtlinie zu erfüllen. Hier ist in Sachsen-Anhalt schon Einiges geschehen. Aus unserer Sicht müssen die Anstrengungen zur Gewässerdurchgängigkeit und Verbesserung des ökologischen Zustandes aber verstärkt werden. Dabei müssen die Wasserkraftwerksbetreiber durch das Land unterstützt werden. Auch hier kommt es darauf an, dass die Nutzung der Wasserkraft und die dafür notwendigen Maßnahmen in der Bevölkerung eine bessere Akzeptanz finden. Dafür sind moderierte Dialogverfahren zum Ausgleich der Interessen ein wichtiger Beitrag.

**FDP** Der Schlüssel für eine sichere und preiswerte Energieversorgung liegt unserer Ansicht nach in der Technologieoffenheit bei der Energiegewinnung, daher lehnt die FDP eine Festlegung auf einen Energieträger durch politischen Beschluss ab. Sofern sich die Wasserkraft an den festgelegten Rahmenbedingungen, etwa bei ökologischen Standards, am Markt langfristig durchsetzen kann, stehen wir ihr auch offen gegenüber.

**AfD** Grundsätzlich muss beim Thema Wasserkraft differenziert werden. Wasserkraft an Talsperren oder in montanen Bereichen ist anders zu bewerten als in planaren Bereichen.

**b) Wie sieht Ihre Partei die zukünftigen Chancen der Kleinwasserkraft?**

**CDU** Vgl. Antwort zu 4. a

**SPD** Mit Interesse verfolgen wir die Aktivitäten des Bündnis Flusstrom. Deren Ziel ist „die energetische Erschließung von Standorten mit geringem Wasserkraftpotential durch wirtschaftlich effiziente und ökologisch verträgliche Wasserkraftanlagen“. Somit kann die Kleinwasserkraft einen Beitrag zum Erneuerbaren Energiemix beitragen und dabei dezentral an Fließgewässern zum Einsatz kommen.

**Grüne** Die Kleinwasserkraft ist insbesondere für Insellösungen mit geringer Leistung eine interessante Technologie. Hier sind auch die Umweltauswirkungen sehr gering.

**Linke** Vgl. Antwort zu 4. a

**FDP** Unser Ziel ist es für die Bürger:innen und Unternehmen eine finanzielle Entlastung herbeizuführen und dabei gleichzeitig die zugesagten Klimaschutzziele einzuhalten, damit Sachsen-Anhalt als Lebens- und Wirtschaftsstandort attraktiver wird. Die Kleinwasserkraft muss sich genau wie die anderen Energietechnologien an diesen Maßstäben messen lassen. Wenn sie eine konkurrenzfähige Alternative zu diesen darstellt, sollte die Kleinwasserkraft aus Sicht der Freien Demokraten einen gleichberechtigten Marktzugang erhalten.

**AfD** Kleinwasserkraft wird sich auf Dauer wahrscheinlich nicht halten oder ausbauen lassen, denn den energetischen Erträgen stehen schwere ökologische Probleme entgegen, die kaum mit geltendem (EU) Umweltrecht zu vereinbaren sein dürften.

Außerdem hat die EU die Wasserkraft zuletzt nur noch als Brückentechnologie eingestuft, womöglich stellt sich die EU zukünftig gegen eine nationale Subventionierung.

**c) Wie beurteilt Ihre Partei das Ausbaupotenzial für die Nutzung der Wasserkraft?**

**CDU** Vgl. Antwort zu 4. a

**SPD** Für die Jahre 2015 – 2018 betrug der Anteil der Wasserstromerzeugung an der Bruttostromerzeugung konstant 0,4 %. Die Anzahl der Wasserkraftwerke erhöhte sich im gleichen Zeitraum von 55 auf 57 Stück. Derzeit liegen 3 geplante Wasserkraftprojekte an der Saale und eines an der Bode vor. Daher kann man von einem moderaten Ausbaupotenzial sprechen.

**Grüne** Zwar gehen große Teile der Wissenschaft davon aus, dass das Ausbaupotenzial der Wasserkraft in Deutschland nahezu ausgeschöpft ist. Aber mit der Entwicklung von neuen Wasserkraftanlagen – wie z.B. die der Schachtkraftwerke mit sehr geringem ökologischem Eingriff – können weitere Potenziale erschlossen werden.

**Linke** Ob ein weiterer Ausbau der Wasserkraft in Sachsen-Anhalt möglich ist, ist anhand streng wissenschaftlicher Kriterien (siehe dazu auch unsere Antwort auf Frage 1) zu prüfen. Die Vorgaben der Wasserrahmenrichtlinie und des Wasserhaushaltsgesetzes zur Durchgängigkeit sind in Sachsen-Anhalt sehr streng und wir sind von einem ökologisch guten Zustand der Gewässer noch recht weit entfernt. Beim Bau neuer Anlagen muss u.a. dem Fischschutz z.B. durch funktionierende Fischaufstiegsanlagen und funktionierende Leitrechensystem ausreichend Rechnung getragen werden.

Die letzten Jahre mit ihren extrem geringen Niederschlägen und in der Folge den niedrigen Pegelständen der Gewässer haben gezeigt, dass auch die Wasserkraft erheblich beeinträchtigt werden kann. Zudem hat die Dürre enorme negative Auswirkungen auf die Gewässerqualität. Sollten nach wissenschaftlicher Analyse Entscheidungen für einen moderaten Ausbau der Wasserkraft getroffen werden, sind strenge Auflagen, Maßnahmen und gesetzliche Regelungen zur Einhaltung und Kontrolle von Naturschutzaufgaben notwendig.

Unter solchen Rahmenbedingungen ist die Erhaltung denkmalgeschützter Wasserkraftanlagen wünschenswert, die ja technisches Denkmal und die

Kulturlandschaft prägende Elemente sind. Regelungen zu Altrechten und wasserrechtlichen Bewilligungen sollen dabei geprüft werden. Ansonsten finden sich flankierende Vorgaben im EEG.

**FDP** Für die Nutzung von Wasserkraft ist rein aus technischer Sicht immer ein Gefälle notwendig. Daher entfällt im doch recht flachen Land Sachsen-Anhalt recht schnell die Möglichkeit zum Bau von Speicherkraftwerken und es verbleiben nur die Laufwasserkraftwerke. Dabei sind Wasserwege und -flächen sind ähnlich wie Grund und Boden eine begrenzte Ressource. Insbesondere bei Flüssen steht die Energieerzeugung in direkter Konkurrenz zum wirtschaftlichen Transport und zum Naturschutz. Sofern sich diese jedoch miteinander vereinbaren lassen, gilt für uns Freie Demokraten wieder der Grundsatz der Technologieoffenheit.

**AfD** Laut einer kleinen Anfrage Im Landtag von Sachsen-Anhalt war das Ausbaupotenzial in Sachsen-Anhalt bereits 2016 erschöpft. In Anbetracht seit Jahren sinkender Niederschläge und der damit verbundenen Abflüsse sowie zu niedriger Höhenunterschiede im Land ist auch kein weiteres Potenzial erkennbar. Beispielsweise kann eine Wasserkraftanlage im Bördekreis seit Jahren nur wenige Wochen jährlich betrieben werden und dies auch nur in Teillast, weil schlichtweg Wasser fehlt.

**d) Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei, denkmalgeschützte und die Kulturlandschaft prägende Wasserkraftanlagen nachhaltig und wirtschaftlich zu erhalten?**

**CDU** Vgl. Antwort zu 4. a

**SPD** Hier muss jeder Einzelfall betrachtet werden. Prinzipiell wünschen wir uns eine Handhabung des Denkmalschutzes mit dem Grundsatz „Nutzung vor Verfall“.

**Grüne** Die Energiewende mit Erneuerbaren Energien geschieht dezentral und vor Ort sollten die Menschen etwas davon haben – sei es durch finanzielle Beteiligung, über eine Raumnutzungsabgabe an die Kommune oder durch den direkten Strombezug. Das verstärkt den identitätsstiftenden Charakter und der Betrieb der Anlagen trifft auf Akzeptanz, was Voraussetzung für einen dauerhaften Bestand und den wirtschaftlichen Betrieb ist. Die Umweltverträglichkeit ist bei umfangreichen baulichen Eingriffen zu prüfen.

**Linke** Vgl. Antwort zu 4. c



**FDP** Der nachhaltigste Schutz für Baudenkmäler ist die intelligente Nutzung. Für ortsbildprägende Objekte, die unwiederbringlich verloren zu gehen drohen, müssen Denkmalschutzaufgaben in Teilen auf Verhandlungsbasis reduziert werden dürfen. Die Kulturelle Identität insbesondere im ländlichen Raum ist ein Schlüsselfaktor für die Entwicklung und davon abhängig, inwiefern die politische und finanzielle Eigenständigkeit von Gemeinden zurückerobert werden kann. Durch regionsspezifisches Wirtschaften werden regionale Potenziale genutzt, dezentrale Arbeitsplätze im ländlichen Raum und die Arten- und Landschaftsvielfalt in der Kulturlandschaft erhalten. Es ist dringend nötig, die Förderprogramme für derartige Kulturlandschaften so umzugestalten, dass sie ihr Ziel wirklich erreichen. Ländliche Regionen sollen auf dem Weg zu einer eigenständigen Entwicklung effektiv unterstützt werden. Dem stehen komplizierte Antragsverfahren und schleppende Bewilligungsprozesse derzeit im Weg. Die FDP fordert daher Förderprogramme sind zu vereinfachen, zu beschleunigen und zielgerichtet zu entwickeln.

**AfD** Vermutlich werden sukzessive alle Wasserkraftanlagen mit gesetzlich vorgeschriebenen Schutzeinrichtungen und Fischwechsellanagen nachgerüstet werden müssen. Die Erträge dieser Anlagen können vermutlich nicht die entstehenden Kosten decken, vor allem bei Kleinwasserkraftanlagen. Hier steht das EU-Recht im Zweifelsfall über dem Denkmalschutz.

(<https://naturschutz-und-denkmalpflege.projekte.tu-berlin.de/pages/recht/verkehrssicherung/haeufige-fragestellungen/baumerhaltung-gegenueber-denkmalschutz---natur-schutz.php>)

**e) Wie will Ihre Partei die Arbeitsplätze im wirtschaftlichen Umfeld der Wasserkraft in Sachsen dauerhaft sichern und ausbauen?**

**CDU** Vgl. Antwort zu 4. a

**SPD** Prinzipiell sind Wasserkraftanlagen EEG-förderfähig. Mithilfe dieser Förderung muss ein wirtschaftlicher Betrieb erreicht werden. Weitere Subventionsleistungen sind derzeit nicht geplant.

**Grüne** Wir müssen klären ob die Schachtkraftwerke einen neuen Markt in Deutschland schaffen. Da Klimaschutz global gelingen muss, ist ein weitere Symbiose mit den wirtschaftlichen Interessen der Wasserkraftunternehmen, dass wir diese Unternehmen dabei unterstützen, international tätig bzw. erfolgreicher zu werden.

**Linke** Wir erachten den Erhalt von Bestandsanlagen unter Einhaltung der notwendigen Maßnahmen zum Schutz der Gewässer nach Wasserrahmenrichtlinie und Wasserhaushaltsgesetz für richtig und damit für den Erhalt der vorhandenen Arbeitsplätze im wirtschaftlichen Umfeld der Wasserkraft. Ein weiterer Ausbau von Arbeitsplätzen ist abhängig von den unter c) genannten Bedingungen zum Ausbau der Wasserkraft generell.

**FDP** Wir Freien Demokraten sind der festen Überzeugung, dass nur mit wirtschaftlichem Wachstum Wohlstand in der Breite der Gesellschaft erreicht werden kann. Neben der schwierigen Aufgabe, schon bestehende Arbeitsplätze zu erhalten, müssen auch neue Arbeitsplätze in Sachsen-Anhalt geschaffen werden. Unser Ziel ist es daher, durch konkrete Maßnahmen die klein- und mittelständischen Unternehmen bestmöglich zu unterstützen. Sachsen-Anhalt muss ein attraktiver Standort für Arbeitgeber und Arbeitnehmer sein. Ein Aufschwung der Wirtschaft hat für uns oberste Priorität. Nur durch wirtschaftliches Wachstum kann ein Sozialstaat seine Aufgaben erfüllen und langfristig stabil finanziert werden. Hierfür brauchen wir eine liberale Wirtschafts- und Abgabepolitik: Weniger Staat, weniger Regulierung, weniger Umverteilung und keine Erhöhung der Steuern und Abgaben. Zusammen mit der aktiven Überführung von wissenschaftlichen Erkenntnissen aus den eigenen Forschungszentren in die Praxis und Wirtschaft kann Sachsen-Anhalt zu einem attraktiven Wirtschafts- und Lebensstandort werden.

**AfD** Die Zahl der Arbeitsplätze ist marginal und wird max. stagnieren (Siehe aufgrund oben beschriebener Gründe).

**f) Was wird Ihre Partei unternehmen, um den Bau und die Reaktivierung von Wasserkraftanlagen zu fördern, damit deren Betrieb in einem ökologisch-ökonomischen Gleichgewicht ermöglicht wird?**

**CDU** Vgl. Antwort zu 4. a

**SPD** Derzeit sind keine Förderprogramme für den Ausbau der Wasserkraft geplant.

**Grüne** Die Reaktivierung von Wasserkraftanlagen muss kompatibel mit der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) sein. Dementsprechend müssen wir die Möglichkeiten zur Minimierung der ökologischen Folgen analysieren und in den Verwaltungen und

Planungsbüros bekannt machen. Wir wollen Forschung und Entwicklung an innovativen, naturverträglichen und fischdurchgängigen Wasserkraftanlagen - wie sie in Sachsen-Anhalt erfolgt - weiterhin fördern. Besondere Potenziale bieten Kleinwasserkraftanlagen, wenn sie nicht den gesamten Querschnitt eines Gewässers in Anspruch nehmen.

**Linke** Hierzu wird auf die Antworten zu a) – d) verwiesen.

**FDP** Die FDP findet, dass es nach 20 Jahre Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) Zeit für einen Paradigmenwechsel und einen Ausstieg aus der Dauersubvention ist. Der weitere Zubau erneuerbarer Energien sollte nicht länger durch staatlich garantierte Einspeisevergütungen gefördert werden. Statt den reinen Zubau installierter Leistung zu fördern, benötigen wir in der nächsten Stufe der Energiewende systemische Lösungen, die neben Klimaschutz auch Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit der Energieversorgung garantieren. Hierzu zählt auch eine Reform der Netzentgelte sowie die Senkung der Stromsteuer auf das europäisch vorgegebene Mindestmaß. Zusammen mit der konsequenten Implementierung eines umfassenden Emissionenhandels als Leitinstrument sollen die Grenzkosten der Stromerzeugung auch deren Umwelteinfluss widerspiegeln. Damit werden Technologien, die den übergeordneten Zielen dienen allein durch Marktmechanismen attraktiver und bedürfen keiner weiteren Dauersubvention. Bereits aufgesetzte Förderprogramme und deren Genehmigungsprozesse sind zu vereinfachen, zu beschleunigen und zielgerichtet zu entwickeln.

**AfD** Unserer Kenntnis nach gibt es keine Option, den Betrieb im genannten Gleichgewicht zu ermöglichen. Sollte dem so sein, sind wir selbstverständlich gern offenen Ohres und hören und sehen uns Ihre Konzepte an.

## **5. Warum sollten unsere Mitglieder und deren Angehörige und Familien Ihre Partei wählen?**

**CDU** Die Antworten darauf findet man in den aktuellen linksgrünen Programmen oder man dreht die Frage einfach um. Was würde den Familien drohen, wenn ein linksgrünes Bündnis in Sachsen-Anhalt oder gar in Deutschland an die Macht käme. Es kann davon ausgegangen werden, dass dies die Stromerzeugung an unseren Flüssen weiter erschwert bzw. nicht mehr möglich macht.

Stattdessen hätten wir weiteren enormen Landschaftsverbrauch durch neue Wind- und Solaranlagen. Steuern, Abgaben und Verbote würden in einem nie gekannten Ausmaß tausende Arbeitsplätze vernichten.

In den Wahlprogrammen von Grünen, Linken und SPD findet man die Antworten darauf, was in Zukunft auf unser Land zukommt.

Um dem entgegenzuwirken hat die CDU ein Wahlprogramm aufgestellt, was die Freiheit der Bürger und Bürgerinnen in den Mittelpunkt stellt. Dabei spielen auch Einschränkungen aufgrund einer Pandemie oder des Klimaschutzes eine wesentliche Rolle. Die CDU war und ist in der Kenia Koalition der Anker für Stabilität des Bündnisses. Wir haben verhindert, dass sich linksgrünes Denken zulasten von Menschen und Wirtschaft durchsetzt.

Unterstützen Sie uns, damit dies auch in Zukunft so bleibt.

**SPD** Bei uns steht der Mensch im Mittelpunkt. Wir haben die globalen Herausforderungen wie den Klimawandel im Blick, vergessen aber auch nicht die regionalen Herausforderungen. Wir kämpfen weiter für gute Löhne, für wohnortnahe Beschulung und für eine Angleichung der Lebensverhältnisse im ländlichen Raum.

**Grüne** Wir sind seit Jahrzehnten DIE Partei für Klimaschutz und Erneuerbare Energien. Nur mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird es wirksamen Klimaschutz geben. Wir hören auf die Wissenschaft, erkennen Probleme an, ducken uns bei den gewaltigen Herausforderungen nicht weg und arbeiten mit großer Ernsthaftigkeit und Fachlichkeit an den Lösungen. Mit unseren Konzepten und umsetzbaren Vorschlägen sind wir verlässlich für Sachsen-Anhalt und eröffnen nachfolgenden Generationen noch eine lebenswerte Zukunft. Es gibt keinen Planeten B. Handeln jetzt!

**Linke** DIE LINKE setzt sich als einzige Partei konsequent für den sozial-ökologische Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft im Sinne einer nachhaltigen Sicherung der Lebensgrundlagen nachfolgender Generationen ein. Die Klimakrise stellt uns vor große Herausforderungen, die nur mit einer durchgreifenden Energie-, Wärme-, Verkehrs- und Ernährungswende zu meistern sind. Durch die damit verbundenen Kosten darf sich aber die soziale Spaltung der Gesellschaft nicht vertiefen. Strom, Wärme, Mobilität, Wohnen und Nahrung müssen auch unter den Bedingungen eines verstärkten Klima- und Umweltschutz in Zukunft von jedem bezahlt werden können.

Deshalb müssen die Lasten dieser Transformationsprozesse gerecht verteilt und mögliche soziale Auswirkungen für die schwächeren Mitglieder der Gesellschaft vermieden werden. Das erfordert grundlegende Änderungen in der Steuer- und Abgabenpolitik, damit der Sozialstaat im ökologischen Umbau handlungsfähig bleibt und wieder gestärkt wird. Mehr Geld in den öffentlichen Haushalten ist aber auch erforderlich, um den ländlichen Raum endlich stärker zu entwickeln und ihn nicht weiter

bei Bildung, Gesundheit, ÖPNV, Kultur usw. ausbluten zu lassen. DIE LINKE nimmt den Verfassungsauftrag zur Herstellung gleicher Lebensverhältnisse ernst. Das alles geht nicht durch immer mehr Wachstum, sondern nur durch eine Umverteilung des vorhanden gesellschaftlichen Reichtums. Das ist der Kern linker Politik!

Außerdem steht DIE LINKE für gute, tariflich entlohnte Arbeit, für friedliche Konfliktlösungen ohne Waffenexporte und für Solidarität statt Ellenbogen, Ausgrenzung und Diskriminierung.

**FDP** Seit zehn Jahren steht Sachsen-Anhalt still. Denn es wird von Menschen regiert, die dem Land nichts zutrauen. Dabei hat Sachsen-Anhalt alles, was es braucht, um besser zu werden als je zuvor. Wir Freien Demokraten glauben an das Potenzial dieses Landes, an seine Möglichkeiten in der Wirtschaft, der Bildung und der Digitalisierung. Es braucht aber jemanden mit Mut zum Aufbruch, um dieses wunderschöne Land endlich aus dem Stillstand zu holen und es moderner, frischer und lebensfroher zu machen, als es jemals war.

Wir haben in Sachsen-Anhalt schon gezeigt, dass wir dem Land Dynamik und Schwung geben können. Wir machen einen Unterschied, denn wir stellen den Menschen in den Mittelpunkt unsere Politik und wollen den Staat nicht als Gouvernante. Das kann das Land verändern. Gehen wir es an!

**AfD** Weil wir die einzige Partei sind, die ihre Entscheidungen nicht ideologisch basiert, sondern an wissenschaftlichen Erkenntnissen, Vernunft und gesundem Menschenverstand ausrichtet.

01.06.2021 – Version 1.1

Wasserkraftverband Mitteldeutschland e.V.  
Präsident: Martin Richter

Geschäftsstelle:  
Schützengasse 16  
01067 Dresden

Tel.: 0351 418 833 612  
Fax: 0351 418 833 617

E-Mail: [info@wasserkraftverband.de](mailto:info@wasserkraftverband.de)  
Internet: [www.wasserkraftverband.de](http://www.wasserkraftverband.de)

VR Amtsgericht Leipzig